

## **Bericht des Gemeinderats**

### **Postulat Lydia Riesen / Dieter Beyeler (SD) vom 1. Dezember 2005: Öffnung der Polizeiwache Bern-Bahnhof, zur Anzeigeanahme, auch sonntags! (05.000380)**

In der Stadtratssitzung vom 23. März 2006 wurde das folgende Postulat Riesen / Beyeler erheblich erklärt:

Aus den Medien muss einmal mehr entnommen werden, dass die viel gerühmte Bürgernähe der Stadtpolizei Bern alles andere als kundenfreundlich oder bürgernah ist.

Schon wieder wurden an einem Sonntag Überfallene daran gehindert Anzeige zu erstatten, bzw. abgewiesen. Offenbar ist in der Gemeinde Bern das Sparen wichtiger, als Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen zu schützen. Dass somit aus Spargründen alle dem Bürger bestens bekannten Polizeiwachen geschlossen wurden, ist sehr unglücklich, schlecht überlegt und kaum nachvollziehbar.

Beinahe unglaublich ist, dass es sich die Gemeinde Bern im Jahr 1999 leisten konnte, infolge der Einführung von „Apollo“, die Polizeiwache im Bahnhof vorerst zu schliessen, später jedoch auf Bürgerdruck nur noch auf „Sparflamme“ zu öffnen.

Im Bahnhof Bern herrscht seit Jahren ein stark frequentierter Durchgangsverkehr mit mehr als 100'000 Personen täglich! Jedoch eine Anzeigeanahme am Sonntag, gleich zu welchem Delikt, ist heute nicht möglich. Dass dieses Vorgehen nicht nur von unserer Bürgerschaft, sondern auch von anderen sehr grossen Polizeicorps nicht begriffen werden kann, ist mehr als nur verständlich.

Bei allem Verständnis für einen behutsamen Umgang mit den Finanzen, muss der Sicherheit der Menschen erste Priorität zugesprochen werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat beauftragt, folgende Massnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Ab sofort soll wenigstens die Polizeiwache Bern-Bahnhof personell entsprechend verstärkt werden, damit eine Anzeigeanahme auch an Sonn- und Feiertagen für einen überfallenen oder gefährdeten Bürger wieder möglich wird.

Bern, 1. Dezember 2005

## **Bericht des Gemeinderats**

In der Stadtratssitzung vom 6. April 2006 wurde die Dringliche Motion Reto Nause (CVP): Gewährleistung der Sicherheitsdienstleistungen und Sicherheitsinfrastruktur abgelehnt. Inhaltlich behandelte die dringliche Motion die gleiche Problematik wie das vorliegende Postulat Riesen/Beyeler.

Seit der Erheblicherklärung des Postulats Riesen/Beyeler gab es keine Vorfälle mehr, bei denen die Öffnungszeiten der Stadtpolizei Bern thematisiert wurden. Daher betrachtet es der Gemeinderat nach wie vor als nicht notwendig, eine Änderung der bestehenden Öffnungszei-

ten der Anzegebüros bei der Stadtpolizei Bern zu veranlassen (vgl. auch Antwort des Gemeinderats vom 20. März 2006 zur erwähnten Motion Nause).

Die Öffnungszeiten entsprechen den Bedürfnissen einer breiten Bevölkerungsschicht und basieren auf Erfahrungswerten. Bei der Stadtpolizei Bern werden von Montag bis Freitag, von 11.00 – 18.00 Uhr auf den Polizeiposten Ost, Mitte und West sowie im Polizeiposten Bahnhof insgesamt 8 Anzegebüros betrieben. Am Samstag ist zudem von 09.00 – 13.00 Uhr das Anzegebüro im Polizeiposten Bahnhof geöffnet. Dieses Angebot hat sich bis anhin bewährt. Ausserhalb der genannten Öffnungszeiten bestehen für Bürgerinnen und Bürger verschiedene Möglichkeiten, mit der Polizei in Kontakt zu treten. Sei dies entweder über die Notrufnummer 117 oder über die Telefonnummer der Stadtpolizei 031 321 21 21. Zusätzlich ist via Gegensprechanlage während 24 Stunden eine Kontaktaufnahme mit den Polizeiposten am Waisenhausplatz, beim Polizeistützpunkt Ost sowie beim Verkehrsstützpunkt Neufeld möglich.

In dringenden Fällen und wenn es die Situation erfordert, wird ausserhalb der Öffnungszeiten der Anzegebüros eine ordentliche Polizeipatrouille im Dienst beigezogen. Diese nimmt sich dem Problem an und nimmt auch eine Anzeige auf. Mit den genannten Massnahmen ist die Aufgabe einer Anzeige bei der Stadtpolizei rund um die Uhr gewährleistet.

Auch im Hinblick auf das Projekt Police Bern wurden die Öffnungszeiten der Anzegebüros thematisiert und überprüft. Diese Überprüfung hat ebenfalls ergeben, dass die Öffnungszeiten den Bedürfnissen einer breiten Bevölkerungsschicht entsprechen und auch nach dem 1. Januar 2008 entsprechend weiter beibehalten werden.

Bern, 21. März 2007

Der Gemeinderat